EP-W-01-1030-2

A – Was Wohlstand schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Marcel Ernst (KV Göttingen)

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 1029 bis 1032 einfügen:
können und insbesondere in verbrauchernahen Produkten, wollen wir aus ihrer Verwendung rasch aussteigen. Gleichzeitig brauchen wir einen differenzierten Regulierungsrahmen auf wissenschaftlicher Basis, um die Entwicklung von Alternativen zu verstärken und den Produktionshochlauf wichtiger Zukunftstechnologien wie Elektrolyseuren, erneuerbare Energien oder elektrischer Antriebe nicht zu gefährden. Wir setzen auf eine stoff- und risikobasierte Regulierung unter Berücksichtigung industrieller Ersetzbarkeit und dem Freisetzungsrisiko der jeweiligen Anwendung und definieren angemessene Übergangsfristen, sowie eine regelmäßige Evaluierung des Forschungsstandes. Wenn geeignete Alternativen entwickelt sind, sollen PFAS in den jeweiligen Anwendungen verboten werden.

Begründung

Wir sollten sicherstellen, dass der aus Gründen des Gesundheitsschutzes notwendige Ausstieg auf PFAS (die sog. Ewigkeitschemikalien wie per- u nd polyfluorierten Chemikalien) wichtige Anwendungen die ökologische Transformation nicht gefährdet, bei denen PFAS derzeit und absehbar noch ohne Alternativen ist. Außerdem soll eine stoff- und risikobasierte Regulierung neben der Ersetzbarkeit auch das Freisetzungsrisiko der jeweiligen Anwendung berücksichtigen, und Anwendungen mit besonders hohem Freisetzungsrisiko strikter reguliert. Wir reizen die Entwicklung von Alternativen an und evaluieren regelmäßig den Stand der Forschung und Entwicklung und setzen auf ein Verbot von PFAS, sobald Alternativen für die jeweiligen Anwendungen entwickelt sind.

weitere Antragsteller*innen

Gerald Johann to Büren (KV Osnabrück-Land); Michael Merkel (KV Bochum); Tilman Krösche (KV Heidekreis); Norbert Schellberg (KV Potsdam-Mittelmark); Kevin Roth (KV Odenwald-Kraichgau); Marcel Gauger (KV Ludwigsburg); Dorothea Kaufmann (KV Heidelberg); Reiner Daams (KV Solingen); Sebastian Pewny (KV Bochum); Anna Christmann (KV Stuttgart); Marie Christine Heidenreich (KV Rostock); Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz); Theresia Bauer (KV Heidelberg); Claudio Struck (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jan Meißner (KV Düren); Manfred Ostermeier (KV Straubing-Bogen); Alexander König (KV München); Peter Müller (KV Bottrop); Ulrich Oberdieck (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); sowie 52 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.